

Leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Berlin. An der Zeit vom 15. bis 31. Januar ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung von rund 1 200 500 auf 1 155 500, das ist um 45 000 oder um 3,8 v. H. gesunken, während bei den Frauen noch eine Zunahme um 7000 (von 170 500 auf 177 500) oder um 4,1 v. H. zu verzeichnen war. Für die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ergibt sich daher nur eine Abnahme um 38 000 (von 1 871 000 auf 1 833 000) oder um 2,1 v. H.

Südlicher ist der Rückgang in der Arzneifürsorge. Hier ist die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger von rund 228 000 auf 215 000, das ist um 13 000 oder um 5,9 v. H. zurückgegangen. Der Rückgang ist bei den Frauen verhältnismäßig größer als bei den Männern. Er betrug bei den Männern 11 000 (von 191 000 auf 180 000) oder 5,8 v. H., bei den Frauen 2000 (von 37 000 auf 35 000) oder um 5,4 v. H. Die Zahl der Rothandsarbeiter in der Arbeitslosenversicherung und in der Arzneifürsorge zusammen, ist im Zusammenhang mit der milden Witterung von rund 81 000 auf 47 000, das ist um 16 000 gesunken.

Eine hebrede Poincaré gegen Elsässer und Deutsche.

Paris, 13. Februar. Auf dem Balkon der elzässischen Bürgermeister in der Straßburger Orangerie, an dem 500 Bürgermeister, die Senatoren, Deputierte und die elzässischen Oberen Beamten teilnahmen, hielt Poincaré eine längere Rede, in der er sich mit der Geschichte des Elsass und seiner Angehörigkeit zu Frankreich und der Autonomiebewegung beschäftigte. Poincaré schien sich dabei nicht wieder einmal die These von dem „Glaub Elsas-Vorbringens“ im Jahre 1871 durch Deutschland aufzustellen und trocken bezüglich des Kriegsausbruches seine Hände in Unschuld zu waschen. Einleitend sprach Poincaré über die Riebe des Elsass zu dem souveränen und ungeteilten Frankreich, einer Riebe, die durch die Umtriebe einiger Rebellen und durch die Handlungen einiger Irregeleiter verletzt worden sei. Wenn in der nächsten Schwerpunktssitzung, so erklärte Poincaré, die öffentlichen Verhandlungen stattfinden, werden die traurigen Verhältnisse, von denen einige die Klingheit hatten, die Grenze zu überschreiten, entfernt werden. Das Elsass wird nicht auslassen, doch verdächtige Agenten und Winkelmauer von Zeitungen, die von ausländischer Quelle gespeist werden, unter dem Vorwande der Förderung größerer Freiheit mit ausländischen Organisationen Fühlung nehmen und unter dem Deckmantel der Autonomie die Neutralität des Elsass und eine neue Amtsposition Frankreichs vorbereiten.“

Zur liberalistischen Frage

und zu dem Sprachenproblem übergegangen, fuhr Poincaré fort: „Diejenigen Elsässer, die seit ihrer Geburt die Gewohnheit haben, Dialekt oder deutsch zu sprechen, und denen ihr Alter oder ihre Beschäftigung nicht die Möglichkeit geben haben, französisch zu lernen, sind darum nicht weniger gute Franzosen. Ebensoviel wie wir die Unzufriedenheit hätten, in Belgien, in der Schweiz oder in Kanada zu intervenieren und den Völkerbund zu bitten, dort die französische Kultur oder die französischen Traditionen zu schützen, ebensoviel werden wir dulden, daß sich ausländische Einflüsse in die Verwaltung unserer inneren Angelegenheiten einmischen, und daß im Schoße des Elsass eine elende Riebe von Abenteurern und Intriganten im Verborgenen die Verkümmelung Frankreichs vorbereite. Das Elsass hat sich schon wiederholt über sein Schicksal ausgesprochen und sein Spruch ist für die Zukunft unwiderruflich. Seit langem hat es in vollem Bewußtsein der Sache die berühmten Worte ratifiziert:

„Germania trans Rhenum incoluit.“

Die Germanen wohnen jenseits des Rheins. Poincaré gab dann einen gelöschlichen Rückblick, durch den er den Beweis dafür zu erbringen suchte, daß das Elsass seit weit ein Jahrhundert Frankreich gewesen. Wir wissen, daß es während der Zeit von 1871 bis 1914 auf der anderen Seite der uns aufgeworfenen künstlichen (1) Grenze Hunderttausende von Franzosen gab, die untrüglich darüber waren, von ihren Brüdern getrennt zu sein. Wir hätten ihnen gern bewiesen, daß wir sie nicht vergessen haben, aber wir konnten vor einer schrecklichen Gewissensfrage. Wir fanden zu gut die Schrecken des Krieges, um nicht einen neuen anzutreten, und aus Furcht, den Frieden zu brechen, wachten wir streng über die geringsten unserer Handlungen, Wörtern und Worte. Wir waren zur Vermeidung eines Konflikts bereit, alles an tun, was mit der Würde Frankreichs vertrat.

„Ohne daß wir je eine Menschen-Idee hatten, sind wir so vor der Ewigkeit des Schicksals unbeständig und ängstlich gewesen, bis zu dem Tage, an dem die von Stolz trunkenen faulischen Regierungen Deutschland und Österreich-Ungarns über ihren Bülkern und über den zuerstigen die Katastrophe entstellten, die wir bis zur letzten Stunde zu beobachten lachten. (1) An diesem Tage haben wir unsere Freiheit wieder zurückgewonnen und uns geschworen, die Waffen nicht wiederzulegen, bevor die Befreiung des Elsass und Vorbringen geschehen wäre.“

Summing ging Poincaré auf die bevorstehenden Kammerwahlen ein, für die im Elsass nur Franzosen ohne Vorbehalt, ohne Bedingungen und Hintergedanken aufgestellt werden durften, und endete mit den Worten: „Ich trinke auf das leidenschaftlich und unüberwindlich französische Elsass!“

Zwischenfall bei der Abreise Poincarés von Straßburg. **Paris.** Wie Havas aus Straßburg berichtet, kam es bei der Abfahrt Poincarés zu einem Zwischenfall. Als Poincaré den Zug bestieg, rief der kommunistische Abgeordnete Huber auf dem Bahnhofplatz: „Niede mit Poincaré!“ und einige seiner Freunde stimmten ein. Weittonant an. Die Menge stürzte sich, so heißt es in der Havas-Meldung weiter, auf sie, und die Polizei hatte große Mühe, sie zu lösen. Sie muhte sie, von der Menge stark belästigt, bis in das Gebäude der kommunistischen Gewerkschaften gespielt. Die Straßen, die zum kommunistischen Gewerkschaftsgebäude führen, wurden vollständig geräumt, worauf die Straße wieder hergestellt wurde. Es ist keine Verhaftung vorgenommen worden.

Swatow in den Händen der Kommunisten.

Peking. Nach aus Kanton eingetroffenen Berichten ist der wichtige Hafen Swatow von kommunistischen Angreifern unterlegen. Die letzten Kantonstruppen verteidigen den inneren Stadtteil. Der endgültige Besitz Swatows würde den Kommunisten die Meeresverbindung sichern. Die Kantonier Regierung schreibt den kommunistischen Erfolg der Widerstand von Agitator zu, die aus Schanghai und Südschina überwanden. Infolge der Kommunistenfeindlichkeit werden täglich Verhaftungen und Exzesse vorgenommen. Der gestrige Polizeidepartement erwähnt 45 solcher Fälle.

Der Reichstag behandelt sozialpolitische Fragen.

Wbd. Berlin, 11. Februar.

Zunächst hält Abg. Dr. Rumm (Dnat.) mit Rücksicht auf die Berichterstattung über den Kranken-Prozeß folgenden Antrag sofort ohne Ausdruck an den Reichsausschuß zu überweisen:

„17a des Prehauses soll lauten: Prozeßberichte, die geeignet sind, das Geschlechtsgefühl der Jugend zu überzeugen oder irregulären, und verbieten.“

Präsident Löß: Der Antrag kommt überraschend, ist aber zweifellos aktuell. Vielleicht können wir uns am Schlus der Sitzung darüber schlüssig werden, damit die Fraktionen inzwischen im Inhalt beraten.“

Das Haus beschließt so.

Darauf wird die zweite Sitzung des Haushalt des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt.

Abg. Dr. Goedelcamp (Dnat.) meint vor der Ratifikation der Internationalen Arbeitsabkommen. Deutschlands Reparationslasten hätten jetzt schon den anderen Industriestaaten einen gewaltigen wirtschaftlichen Vorsprung gegeben; durch diese Abkommen würde er noch verschärft werden. Der Redner fordert Einführung der deutschen Sprache beim Intern. Arbeitsamt. Eine bessere Statistik über die Soziallasten sei dringend erforderlich. Ramentlich die Landwirtschaft leide schwer unter diesen Lasten. Die Sozialpolitik müsse mit den wirtschaftlichen Rüten in Einklang bleiben. Mit den neuerdings aufgetauchten Wünschen nach Abbau oder gar völliger Befreiung der Sozialversicherung wolle er nichts zu tun haben; da aber der Sozialstaat auf weit über 400 Milliarden angewachsen sei, so hält er die Verantwortliche in den Kreisen der Wirtschaft für durchaus verständlich (Zustimmung rechts). Unruhe und Widerstand links). Die Knappheitsförderungsbeiträge hätten 20 bis 34 Proz. der Lohnsummen erreicht (hört! hört! rechts). Gegenüber Sozialdemokratischen Angriffen auf die Käfer betonte er, daß der Anfang der Sozialpolitik ohne die Pflichtfreiheit der Käfer gar nicht möglich gewesen sei. Jeder Versuch, den Käfer zum Heilbeamten zu machen, müsse abgelehnt werden. Zum Schlus fordert der Redner eine stärkere Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung (Beifall bei den Deutschen-nationalen).

Abg. Thiel (Dop.) weist darauf hin, daß die Erzielung von 400 Millionen gegenüber dem Vorjahr keinen sozialen Rückstand bedeute, sondern darauf zurückzuführen sei, daß die Übergangsmittel für die Arbeitslosenversicherung in diesem Jahre nicht mehr nötig seien. Der Redner würdigt dann die gesetzgeberische Arbeit auf sozialpolitischen Gebieten. Die Sonderstellung der Saisonbetriebe, namentlich der Landwirtschaft und der Angestellten in der Arbeitslosenversicherung habe sich in der Praxis bewährt. Auch die Praxis der Arbeitgeberseite habe die Gegenstandslosigkeit der sozialdemokratischen und kommunistischen Bedenken gegen die ordentlichen Richter bewiesen. Zugunsten der älteren Angestellten verlangt der Redner ein geistigerliches Einstreichen, nachdem die Selbsthilfe der Wirtschaft unzweckmäßig geblieben sei. Die Invalidenversicherung brauche jetzt schon ein Drittel Reichsaufwand. Ihre Inflationsergebnisse und die der Angestelltenversicherung leiden dem Reichs Wirtschaftsverpflichtungen auf, die im Domesplan nicht berücksichtigt worden seien. Bei einer ernsthaften Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit für Reparationen müsse das Arbeitsministerium für Ausförderung dieses Redners sorgen. Zum Schlus appelliert der Redner an Deutschtrost und Gelehrte, sie möchten durch Förderung des Familiensinus und wirtschaftliche Hilfe für kinderreiche Familien die Gefahr eines Absterbens des deutschen Volldoms abwenden (Beifall bei der Dop.).

Abg. Schneiders-Berlin (Dem.) betont, daß das Arbeitgeberrecht nur durch die Mitarbeit der Opposition zu stande gekommen sei, denn große Teile der Volkspartei und der Deutschen-nationalen hätten dagegen gestimmt. Er fordert weiter, daß die Behörden mit der Einstellung älterer Angestellter vorbildlich vorgehen und nicht Altersgrenzen vorschreiben. Das Schlichtungswesen will er noch ausgebaut, die Zahl der deutschen Beamten beim Internationalen Arbeitsamt vermehrt und einen hellvertretenden deutschen Direktor ernannt wissen. Im Ernst müsse auch eine selbständige Abteilung für Angestelltenfragen errichtet werden.

Die Versicherungsbämter werden nach Ansicht des Redners noch nicht modern und rationell verwaltet. 30 Rentenversicherungsbämter – davon allein acht in Bayern – seien ein Augus. Man müsse allgemein abbauen, wie es bei den Landesversicherungsbämtern schon geschehen sei. Eine zentrale Sothe sei allerdings notwendig. Zwergfrankenstein müssen zusammengelegt werden. Das Wichtigste aber sei der Ausbau der Selbstverwaltung. In der Unfallversicherung besteht sie überhaupt noch nicht.

Eine Finanzdebatte beim Wehratal.

Wbd. Berlin. Im Haushaltsausschuss des Reichstages legte Wdn. Dir. Dr. Brecht bei der Fortsetzung der Beratung des Wehratal die Gründe dar, aus denen der Reichsrat eine Reihe von Abstrichen am Heer und Marine-Kat vorzuschlagen habe. Dabei handele es sich lediglich um eine Entlastung des Gesamthaushalts. Der diesjährige Haushalt sei ja sehr offen ausgefallen und balancierte auch. Genau genommen habe er aber im Ordinarium ein Defizit von etwa 300 Millionen, das aus außerordentlichen Einsparungen gedeckt werde. Deshalb habe man im Reichstag erst vorgeschlagen, zwei Prozent vom Wehratal abzuziehen, sich aber schließlich auf etwas mehr als 1 Prozent der Reichswehr, auf etwa sechs Millionen, zurückzogen. Diese Abstriche seien möglich wegen der sogenannten Rente, wobei diese seien in jedem Jahr geblieben. Der Reichsrat sei sehr vorsichtig bei seinen Abstrichen gewesen, er habe nur 1/3 der von ihm geschätzten Rente abgezogen. Eine Finanzpolitik, die alle Jahre große Rente lasse und übertrage, halte der Reichsrat nicht für richtig. Der Reichsfinanzminister habe durch die rechtzeitige Rieke zum ersten Male volle Offenheit wollen lassen und das sei eine Tat gewesen. Sie biete aber die Gefahr, daß künftig die Rieks- und Abteilungsleiter sich bemühen würden, alles auszugeben, dahin zu wirken, daß das nicht gelänge, sei die schwere Aufgabe der Reichsregierung und des Reichstags.

Wehrschweminister Dr. Greener betonte darauf kurz, daß er der Verantwortliche für sein Wehratal sei. Wdn. Dir. Dr. Rothholz vom Finanzministerium meinte, daß diese Angelegenheit zur allgemeinen Finanzverwaltung gehöre. Auch der jetzige Staat sei kritisches, er würde sich aber gegen die Bedauptung, daß das Ordinarium nur auf dem Papier balanciere und ein Defizit von 300 Millionen habe. Seit Jahren würden die Einnahmen aus dem Münzgewinn im Ordinarium verrechnet. Ebenso wenig sei es etwas Neues, daß aus dem Überfuß Summen in das Ordinarium eingetragen würden. Er bitte die Herren der Opposition, sich nicht bloß auf den Standpunkt des Staats-

Wahl der Reiter und aller Beamten durch die Verfassungen fest das Fundament der Selbstverwaltung. Der Redner legt eine Entschließung vor, die von der Regierung eine solche Reform der Sozialversicherung verlangt. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Rödel (Komm.) erklärt, er habe von der vom Arbeitsminister behaupteten Verbesserung der sozialen normenrichen Lebensverhältnisse nichts gelernt. Der Reichstag, den die Arbeitslosenversicherung bringen sollte, sei völlig illusorisch gemacht durch die Verhältnisse der Prüfung der Bedürftigkeit und der Voraussetzungen für die Unterstüzung. Einen Ordnungsrat sieht hier der Redner nicht, als er seine Theorie „politische Schweinelei“ nennt.

Abg. Beier-Dresden (Wirtschaftl. Bgn.) verlangt eine Zusammenlegung von Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministerium. Er befürwortet die gesamte soziale Gesetzgebung, die nur augenblicklich der Arbeitnehmer gewidmet worden sei. Besonders die Arbeitszeitverordnung wirke für Handel, Handwerk und Gewerbe geradezu vernichend. Der Arbeitundenntag könne verhängnisvoll werden, da das Ausland bei geringerer Steuerbelastung 10-12 Stunden arbeite. Die Kleinunternehmensversorgung begrüßt er, sofern ihre Kosten nicht dem Mittelstand aufgeburdet werden. Die Innungs- und Betriebskammertreffen würden der Redner zu fordern.

Abg. Schwarzer (Bauw. Bgn.) erkennt an, daß die Sozialpolitik in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte gemacht habe. Im Vergleich zu anderen Ländern könne sie sich durchaus sehen lassen. Zweifellos sei sie ein Gemeinschaft für die Wirtschaft gewesen. Aber die Anträge der Regierungsparteien hätten die Wirtschaft nie gefährdet, höchstens die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten seien manchmal gefährlich gewesen. Auch eine Linksbeteiligung würde übrigens keine andere Sozialpolitik machen können.

Abg. Oeffler (Bir.) steht gegenüber dem Appell des Abg. Beier, die anderen bürgerlichen Parteien müßten ihr soziales Gewissen erfordern, fest, daß Abg. Beier seit vier Jahren nicht ein einziges Mal den Versuch gemacht habe, im Ausschuß ein sozialpolitisches Gesetz zu beeinflussen hören zu bei der Mehrheit. Dasselbe gelte für die anderen Vertreter der Wirtschaftspartei im Ausschuß.

Abg. Graef (Bölf.) hält die jüngste Entwicklung der Sozialpolitik für ungelingt. Das gelte besonders für die Arbeitslosenversicherung; diese müsse reformiert werden in dem Sinne, daß, wer Unterstützung erhält, auch eine bestimmte Arbeit leisten müsse.

Abg. Seiffert (Volksrechtspartei) lehnt Auslandsanleihen für den Wohnungsbau wegen der hohen Zinsen ab und fordert schnelle Verabschiedung einer ausreichenden Kleinunternehmensversorgung.

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) meint, der Stillstand der Sozialpolitik sei auf den Domesplan zurückzuführen.

Darauf wird die Beratung abgebrochen.

Abg. Rumm (Dnat.) hält nunmehr einen Antrag gegen die „Schamlosen Presseberichte“ über Prozeß ohne Ausdruck an den Reichsausschuß zu überweisen.

Abg. Distmann (Soz.) widertvölkisch diesem Verlangen: Es handelt sich nicht um eine Frage der Prozeßberichterstattung, sondern um eine Frage der Prozeßführung. (Sehr richtig! links.) Nicht ein Pressestand, sondern ein Justizstand liegt hier vor (erneute Zustimmung links). Wie sind empirisch über die Art, wie dieser Prozeß von dem Vorsitzenden geführt worden ist, wie dieser Vorsitzende, der absolut die Verurteilung des angeklagten Jungen erwünschen will, seine Waffe missbraucht, eine 10jährige Riege vorher zu vereidigen, obwohl er von vorherher weiß, daß das Kind gespungen sein würde, über die delikaten Dinge auszulagen und daß ein solches Kind natürlich zögert, alles auszulagen, während es doch unter seinem Ende nichts verschweien darf. Ein Vorsitzender, der ein junges Kind in eine solche Situation bringt, zeigt, daß er seinem Amt in keiner Weise gewachsen ist. Diesem Justizstand müssen wir allerdings ein Ende machen. Es wäre Pflicht des Reichsjustizamtmasters, derart zu erneuen, mit dem preußischen Justizminister Schmidt darüber zu sprechen, wie dieser Prozeß gegen die Kinder – denn Kinder sind ja alleamt – zu führen gewesen wäre.

Da kommt Widerstand erhöht ist, fordert Präs. Löß vor, daß der Reichsgericht am Dienstag darüber Beschluss fasse, wann der Antrag beraten werden soll.

Abg. Dr. Rumm (Dnat.) ist damit einverstanden.

Die Weiterberatung des Haushalt des Reichsarbeitsministeriums wird auf heute Montag, 14 Uhr, verlängert. Schluß gegen 18 Uhr.

Berichtigung. Die Demokratische Reichstagsfraktion legt Wert darauf, festzustellen, daß sie am Freitag nicht gegen, sondern geschlossen für das Reichsmittelengesetz gestimmt habe.

technik und Statistik zu stellen, sondern man müsse auch eine gewisse Sozialpolitik führen. Politik sei aber die Kunst des Möglichen. Auch für die Ergebnismöglichkeiten liegen gewisse Grenzen vor, um nicht wesentliche Belange zu verlieren. Er wolle damit nicht sagen, daß nicht etwa auch am Wehratal unter Umständen gespart werden könne, aber man dürfe nicht beliebige Summen aus diesem herausnehmen. Wenn auch nach seiner Ansicht die Rente möglich eingeschränkt werden sollten, so dürfe das nicht dazu führen, daß vielleicht Ausgaben gemacht werden, um Rente zu vermeiden. Man sollte hierbei nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, sonst kommt man zu einem System des rechten Verbrauchs.

Wdn. Dir. Dr. Brecht erwiderte, daß er rein sachlich gesprochen habe. In die Verantwortung des Reichswehrministers habe er nicht eingegriffen. Im übrigen entspräche es der Reichsverfassung, daß der Reichsrat den Staat des Reiches Punkt für Punkt kritisieren könne. Ob die geplante Verantwortung sich in den nächsten schweren Haushaltjahren noch aufrecht erhalten läßt, sei ebenfalls ein Gegenstand der Meinungsverschiedenheiten. Er hoffe, daß diese Debatte zu gemeinsamer Sparanstrengung des Reichstags und Reichsrats führe.

Sprengung einer Wahlversammlung in Warschau.

Warschau (Gunkipruch). Gestern abend wurde hier neuerlich eine von dem Rechtsblock veranstaltete große Wahlversammlung in dem Augenblick, als Professor Stronach das Wort ergriffen wollte, von Anhängern der Bündnispartei geplagt. Zur Versammlungstruhe entstand eine große Schlagerrei, die sich auch auf der Straße fortsetzte, der mehrere Personen verletzt, 6 Personen vertrieben und 50 Stühle zertrümmert wurden. Die Polizei nahm 2 Personen fest. In den Zeitungen wird behauptet, daß ausdrücklich Anhänger der Rechtsparteien festgenommen worden sind, während die Utehe der Stadträte frei ausgegangen sind.